

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

138 (22.3.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 425 (b. d. Geschäftsstelle monatl. M. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Nr. 470 ohne Beleggeld für Deutscher Reichspost, für den Ausland, Holland, Belgien, Italien, überiges Ausland M. 12.—

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonette 25 Pf., Resten M. 1.20, bei Wiederholung Nachschlag nach Tarif. — Anzeigen-Entwürfe nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr. Postfach: Karlsruhe 4844

Verlags- und Druckereibetrieb der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor. Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben: Morgens und Abends. Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. H. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wähl; für Anzeigen und Resten: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Der Krieg zur See.

23 000 Tonnen.

Berlin, 21. März. (W.T.B. Amtlich.) Im Sperengebiet des Mittelmeeres wurden sieben beladene Dampfer, die sämtlich gesichert und um größten Teil bewaffnet waren, und sechs Segel, zusammen etwa 23 000 T.-M.-T. versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin. (W.T.B.) Die harte Bedrängnis der englischen Kriegsindustrie schildern heute drei neue erfreuliche Nachrichten: Der Daily Telegraph vom 1. März, Daily News and Leader und die Times vom 5. März. Unterstaatssekretär Kellogg teilte im Parlamente mit, Einschränkungen im Munitionsbeschaffungswesen würden die teilweise oder vollständige Schließung gewisser Kriegsbedarfsfabriken nötig machen. 800 Munitionsarbeiter seien bereits entlassen worden, weitere bedeutende Entlassungen, sowie die Kürzung der Arbeitszeit ständen bevor und bereiten den Gewerkschaften große Sorge. Ueber die Gründe dieser auffälligen Maßnahme verliert sich nicht. Man würde im Ungewissen stehen, wenn nicht der redliche Herr Churchill am 1. März im amerikanischen Frühlingsklub aus der Schule geplaudert hätte. „Unsere Hilfsquellen“, sagte er, „sind erschöpft, unsere Heilmittel von Sorge durchdrungen, andere industriellen Einrichtungen sind im Liegel des Weltkrieges zusammengeschmolzen. Kommet uns zu Hilfe, kommt schnell. Bauen Schiffe, bringt Einfuhr, lieber von fertigen Erzeugnissen als von Schiffsräumen verschwendenden Hoffnungen. Wir wollen lieber Stahl statt Erz, Granat statt Stahl. Also Mangel an Schiffsräumen ist der Grund für die Einschränkung der englischen Munitionserzeugung. Eine bessere Befähigung der Folgen uneres U-Bootkrieges können wir uns nicht wünschen.“

Die schwedische Presse zu dem Schiffsräum der Entente.

Stockholm, 20. März. (W.T.B.) Die schwedische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Schiffsräum der Entente an Holland und erörtert im Anschluß daran, das geplante Schiffsräumabkommen mit England. Schonbladet weist auf die Gefahr hin, daß dadurch die deutsche Kohlenzufuhr abgeschnitten werden könnte. Alpha Dagligt Allehand erwähnt, daß nach der Berechnung deutscher Zeitungen die Abtretung holländischen und schwedischen Schiffsräume mehr als ein Vierteljahr der deutschen U-Bootsarbeit vernichten würde. Das Blatt meint im Hinblick darauf, man könne verstehen, daß in Deutschland große Erbitterung herrsche. Eine derartige Stimmung gegen Schweden sei aber augenblicklich besonders ungünstig für die Lösung von Lebensfragen für Schweden, die im Eilverständnis mit Deutschland erstrebt werden müssen.

Oester.-ungar. Artillerie an der Westfront.

Wien, 21. März. (W.T.B.) Im Anschluß an die heutige Meldung des Heeresberichtes, wonach österreichisch-ungarische Artillerie im Kampfe gegen die Franzosen und Engländer eingesetzt hat, schreibt die Neue Freie Presse: Das Wort des Grafen Czernin, daß unsere Armee bereit sei, mit den Deutschen in Straßburg zu verbleiben, so wie die deutschen Truppen unser Recht verteidigt haben, ist bereits zur Wahrheit geworden, ein großes, für alle Zeiten denkwürdiges Ereignis für die Festigkeit des Bündnisses, das Europa von den geplanten Umwälzungen geschützt und die Teilung der Weltvermächte verhindert hat.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die Kathedrale von Reims als Signalstation.

Berlin, 21. März. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Der französische Eiserturnfunkapparat vom 16. März verhielt sich anders, die für Frankreich unangehörige, einwandfreie Feststellung der Benutzung der Kathedrale von Reims als Signalstation abzuleugnen. Als Gewährsmann für das lahme Dementi muß der Erzbischof von Reims herhalten. Wir glauben gern, daß zur Zeit des Reiches des hochwürdigen Herrn die Signalstation auf der Kathedrale abgebaut war. Doch dürfte der Erzbischof von Reims schwerlich seine Rechte auf der Kathedrale zubringen. Das alte Mittel der Franzosen, bei drückenden Umständen, wie zum Beispiel auch bei Besuchen in französischen Gefangenenlagern, die Mißstände während des Besuchs Neutraler vorübergehend abzustellen, entspricht noch lange nicht die in unserer Landseitslichen Beweise einwandfrei feststellbaren Handlungen oder Unternehmungen.

Pour le mérite.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Verleihung des Ordens Pour le Mérite an den Major Brindmann.

Die ersten englischen Linien zwischen Arras und La Fere erstürmt. Erfolg der deutschen Artillerie vor Verdun.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 22. März. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz.

Dafunde wurde von See her beschossen. In Belgisch- und Französisch-Ländern hielt starker Feuerkampf an. Vielfach drangen Erkundungsabteilungen in die feindlichen Linien ein.

Von südöstlich Arras bis La Fere griffen wir englische Stellungen an. Nach starker Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern rückte unsere Infanterie in breiten Abschnitten vor und nahm

men überall die ersten feindlichen Linien.

Zwischen La Fere und Soissons, zu beiden Seiten von Reims und in der Champagne nahm der Feuerkampf an Stärke zu. Sturmabteilungen brachten in vielen Abschnitten Gefangene ein.

Heeresgruppen v. Gallwitz und Herzog Albrecht.

Unsere Artillerie setzte die Zerstörung der feindlichen Infanteriestellungen und Batterien vor Verdun fort. Auch an der lothringischen Front war die Artillerietätigkeit mehrfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Zur Lage im Osten.

Vollkommen gleichgültig.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Ueber die Entente und den Dstfrieden bemerkt die Nordd. Allg. Ztg.: In der neuen Expedition des englischen Ministers des Auswärtigen wird wieder einmal mitgeteilt, daß die Entente den von uns mit dem Osten geschlossenen Friedensvertrag nicht anzuerkennen beabsichtigt. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß eine derartige Anerkennung, die weder frommt, noch notwendig ist, für uns vollkommen gleichgültig ist.

zum Kommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden sei. Es wurde eine Verordnung veröffentlicht, der zufolge es dem Kommissar für das Justizwesen erlaubt ist, die gebildeten Klassen zur Mitarbeit bei der Arbeit der Gerichte zu zwingen. — Die Kaiserin soll bei dem Kommissar angefragt haben, ob sie ihren Sohn wegen seines Gesundheitszustandes nicht nach dem Süden bringen dürfe.

Ausscheiden der Litauer aus dem russischen Heeresverbande.

Zürich, 21. März. (Eid. Ztg.) Das litauische Pressebüro in Kaunian meldet laut Bailer Nachrichten: Drei litauische Armeekorps in Stärke von über 100 000 Mann sind aus dem russischen Heeresverband ausgeschieden und nahmen unter Anführung des Generals Klimaitis in der Umgebung von Witebsk mit den deutschen Truppen Fühlung. Die litauische Armee, die fortwährend von Freiwilligen aus Litauen verstärkt wird, hat die Ostbahn des Frontabschnitts von Polozk-Berejina (150 Kilometer nordöstlich von Minsk) übernommen.

Der neue rumänische Ministerpräsident.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Ueber Alexander Marghiloman schreibt die Nordd. Allg. Ztg. u. a.: Der Mann, der jetzt als Ministerpräsident an die Spitze der rumänischen Regierung tritt, ist kein unbekanntes Blatt. Er ist ein politischer Charakter, und wenn seine Aufgabe, das wiedergeborene Land wieder aufzurichten, und durch sein Handeln die Erinnerung an die ganze letzte Zeit auszulöschen, auch schwer und dornenvoll ist, so wird man ihre Lösung doch gerade ihm zutrauen. Sein Name steht in der ganzen Welt in engster Verbindung mit dem Lande, dessen politische Leitung er jetzt übernimmt. Der Ruf eines hervorragenden Diplomaten geht ihm voraus und wir zweifeln nicht daran, daß er sein Bestes hergeben wird, Rumänien aus der Epoche des Niederganges in die es durch verbrecherische Politik geraten ist, wieder zu früheren Tagen zu führen.

Die Vereinigten Staaten und das neue Russland.

Moskau, 19. März. (W.T.B.) Pet. Tel.-Ag. Auf eine Anfrage, ob infolge der Ratifizierung des Friedens mit Deutschland durch den Kongreß der Sowjets das amerikanische Konsulat in Russland verlassen werde, gab der Postchef Franz die folgende Erklärung ab: Ich werde Russland verlassen, wenn ich durch Gewalt dazu gezwungen werde. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk haben zuviel Teilnahme für das Wohlergehen des russischen Volkes, als daß sie Russland an Deutschland ausliefern würden. Amerika interessiert sich aufrichtig für die Freiheit des russischen Volkes und wird sein Möglichstes tun, um die wahren Interessen des Landes zu schützen. Wenn das tapferere und vaterlandsliebende russische Volk für den Augenblick politische Streitigkeiten beiseite legt und entschlossen und tatkräftig handelt, wird es den Feind aus seinem Gebiet vertreiben und bis Ende 1918 einen dauerhaften Frieden für sich und die ganze Welt sichern können. Meine Regierung betrachtet noch immer Amerika als den Verbündeten des russischen Volkes und wir sind bereit, eine jede Regierung zu unterstützen, die aufrichtig einen kräftigen Widerstand gegen den deutschen Einfall einrichtet wird.

Deutscher Reichstag.

Die Diskussion im Hauptauschuß.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptauschuß des Reichstages hat den Antrag der unabh. Sozialdemokraten, die Kalandars in den räumen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Finnlands zu mischen, weber durch Truppenbesetzungen noch durch Waffenlieferungen, mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Unterstaatssekretär Freyher von dem Busche äußerte sich über die künftige Gestaltung Estlands und Livlands, die Behandlung russischen Staatseigentums in den besetzten Gebieten, die Grenzen der Ukraine, die Kämpfe in der Ukraine und über die Expedition nach Aaland, welches letztere nicht länger als unbedingt notwendig ausgedehnt werden soll. In Finnland müssen noch weitere Kämpfe gegen bolschewistische Banden geführt werden, die noch in letzter Zeit Jung und Panzerautomobile aus Petersburg erhielten. In der Ukraine müsse ebenfalls noch gegen Banden, nicht gegen Bayern, gekämpft werden. Die Zuziehung auch jüdischer Händler zum Warenkauf in der Ukraine sei in Aussicht genommen. Ob in Moskau auch der Friede mit der Ukraine geschlossen worden ist, ist unbekannt.

Dem Reichstagsauschuß.

zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes über die Veranschlagung von Lichtspielen gehören vom Zentrum an die Abg. Kuchhoff, Dr. Wacour, Marx, Dr. Pfeiffer und Dr. Pieper. — Dem Reichstagsauschuß zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes über Kriegszuschläge zu den Gerichtsinstanzen sowie zu den Gebühren der Rechtsanwältinnen und der Gerichtsvollzieher gehören vom Zentrum an die Abg. Weder (Amsberg), Dr. Weizer, Neuhaus, Dr. Pfeiffer und Dr. Am Jahnhoff.

Petersburg, 21. März. (W.T.B.)

Westeing des Neuterischen Büros. Der Marinekommissar Dybinsko wurde verhaftet, weil er nicht die notwendigen Maßnahmen zum Schutze von Narwa getroffen hat. Die Zeitungen teilen mit, daß Zoffe

Blank das Schild, unbesiegt der gute Name, recht und rein unser Handeln, das ist die Gesamtheit unseres Daseins, die Ehre, von der wir leben.

Nichts dürfen wir ihr vergeben, sie muß uns als unantastbar gelten. Noch höher aber steht des Volkes Ehre. In ihr hüten wir das Erbe der ganzen Nation, die Riesnarbeit von Tausenden von Geschlechtern. Empfindlich hart wie eine Blume und doch zugleich unerbittlich frohig gegen jeden, der sie verletzen will. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“ Ein Dichterwort, doppelt beherzigenswert in Zeiten der schwersten Not, wo jeder selbst beweisen muß, daß er der Ehre seines Volkes würdig ist.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 21. März 1918.

Am Regierungssitz: Staatsminister Febr. v. Bode, Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissar.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Voranschlags Hauptabteilung X Murguert.

Berichterstatter Abg. Reimann (natl.): Die Baukosten waren veranschlagt auf 14,7 Millionen. Infolge erhöhter Preise für Rohmaterialien und Löhne wurde der Betrag um 8,2 Millionen überschritten. Der Bau konnte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden, weil die nötigen Arbeitskräfte fehlten. Das Murguert gehört zu den Gegenständen, in denen wenig gebauert werden kann, infolgedessen ist die Erhaltung schwierig. Namens der Kommission kann ich die Vernehmung ausprechen, daß trotz der Schwierigkeiten der Bau doch ausgeführt werden konnte. An die Beratung hat sich in der Kommission eine Aussprache angeschlossen über die Schiffarmachung des Oberrheins und die Ausbarmachung der Wasserkräfte. Im Vordergrund dieses Projekts steht ein Entwurf. Es wurde vorgeschlagen eine Gesellschaft m. b. H. zu gründen, an der das Reich, Preußen, Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen und Elsaß-Lothringen teilnehmen sollten. Baden hat gegen diesen Entwurf Einsprüche erhoben, weil es leicht in den Hintergrund gedrängt worden wäre, es beantragte eine Regelung lediglich zwischen dem Reich und den Anliegerstaaten. Baden ist mit diesem Vorschlag durchgedrungen. Baden hat sich ausgedungen, daß dieses Projekt ausgearbeitet werden muß. Zweck der Gesellschaft ist die Schiffarmachung und elektrische Ausnutzung des Rheins von Basel bis zum Bodensee. Mit der Ausarbeitung und Lösung der Fragen wurde ein Arbeitsauschuß betraut. Ueber ihm steht ein Generalrat. Beigelegt ist ein Vertrag mit Vertretung des Handels und der Industrie. Die nächsten Interessen haben die Anlieger Baden und Elsaß-Lothringen. Die Interessen Badens sind überwiegend, weil die badische Strecke größer ist. Wir anerkennen vollumfänglich die Interessen Elsaß-Lothringens und hoffen und wünschen, daß Baden und Elsaß-Lothringen einträchtig zusammenarbeiten. Weitere Anlieger sind die Schweiz und Solothurn, letzteres für die Schiffahrt. Auch Bayern hat ein großes Interesse. Die Wasserkräfte am Oberrhein sind die wertvollsten in Deutschland; von Basel bis Basel sind noch 300 Pferdestärken vorhanden, von denen Baden die Hälfte gebietet. Der Rhein ist von Natur sehr begünstigt. Die Kommission ist der Meinung, daß die Straße, die noch nicht ausgebaut ist, reiflos auszubauen ist, ebenso, daß die badischen Kräfte von denen der Schweiz getrennt werden. Das Reich hat anerkannt, daß die badischen Kräfte Baden gehören und daß dafür das badische Wasserrecht gilt. Man hat damit zu rechnen, für den Fall eines Elektrizitätsmonopols; in diesem Fall müßte eine Entschädigung eintreten. Für die Schiffarmachung müßte auch das Reich mit aufkommen, da Baden und Elsaß-Lothringen die Sache nicht allein machen können. Dem Herrn Staatsminister spreche ich den Dank des Hauses aus für die Wahrung der Interessen des Landes. Zur Vereinfachung und Nutzung sollen nur Gesellschaften gebildet werden mit finanziellen und kommunalem Kapital unter Ausschluß des Privatkapitals. Die Kommission hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Kräfte dem Staat gehören. Zur vollen Bedeutung werden diese Kräfte erst kommen, wenn der Staat in vollem schuldensfreiem Besitz dieser Werke ist, die dann keine besonderen Unterhaltungs- oder Erneuerungskosten mehr verursachen. Man hat geglaubt, ob der bürokratische Staat ein solches Werk bauen und betreiben könne. Der Bau des Murguerter durch unsere Techniker hat diese Zweifel beseitigt. Die Gefahr der Monopolisierung durch die Gesellschaften ist bei der Elektrizität sehr groß. Der Berichterstatter weist auf verschiedene Gefahren für mittlere und kleine Erzeugnisse, namentlich im Installationsgewerbe hin, die mit den Elektrizitätskonzernen verbunden sind. Der Berichterstatter berührt sich eingehend über die A- und B-Verträge. Die Frage, ob Zulassung von Gesellschaften mit dem Geiste des Murguerter vereinbar ist, wurde von der Regierung entschieden bejaht. Wir nahmen sie feinerzeit in das Projekt auf, weil wir zweifeln, ob das Murguert auch rentabel werde. Deshalb stellten wir es auf die breite Basis. Jedem Techniker ist ein rauchender Kamin ein Stachel im Herz, weil hier die Kraft erzeugt wird. Die Kräfte muß erst in elektrische Kraft umgewandelt werden. Wir haben mit einem ungeänderten Verbrauch zu rechnen. Der Krieg hat die Frage noch verschärft. So haben sich die Grundlagen für das Murguert vollkommen verändert. Es wurde auch die Reduktion der Kraft besprochen, bei der Württemberg einen Großschiffbauvertrag verlangt nach dem Donauvertrag, dabei würde für Elektrizität wenig Kraft übrig bleiben. Heideberg und Ahrheim wollen deshalb auch Murguert. Schwierig sei es, die verschiedenen Kräfte und Städte unter einen Hut zu bringen. Da zeigt sich wieder unser deutscher Fehler. (Sehr richtig!) Dann muß das Berliner Wasserkapital kommen und die Sache lösen. Das muß verhindert werden durch Einigkeit und Zurücksetzung von Sonderinteressen. (Zustimmung.) Wenn man dem Staat die Aufgabe zumutet, muß er den tüchtigsten Beamten herausprobieren, dann aber auch entsprechend bezahlen. Die Beamten soll er nicht etatmäßig sondern vertragsmäßig anstellen. Wir würden es begrüßen, wenn die Kräfte und Städte die Gesellschaft bilden würden. Eine Ausschaltung von Privatgesellschaften müßte grundsätzlich nicht stattfinden. Die Frage ist: kann darf und soll der Staat die Erzeugung und Verwertung der Elektrizität in die Hand nehmen? Die Kommission hat alle drei Fragen bejaht. Abgeschlossene Verträge liegen bis heute nicht vor. Der Staat soll es tun aus dem Charakter der Gemeinnützigkeit und der Sorge für die Allgemeinheit. Er hege die Überzeugung, daß Murguert und Oberrheinaltkräfte eine Quelle des Segens sein werden für uns Volk. (Beifall.)

Die Kommission beantragt I. den Voranschlag im ordentlichen Etat (Betriebsbetrag) mit einer Gesamtausgabe und einer Gesamteinnahme von jährlich 1 630 500 M., im außerordentlichen Etat (Vauetat) mit einer Ausgabe für beide Jahre von 8 210 000 M. und einer Einnahme für beide Jahre von 10 000 M. zu genehmigen, II. zu erklären, daß die Kammer die Vorlagen betr. den Stand der Bauarbeiten am 1. Okt. 1917 und die Gesamtbaukosten betragen, Einwendungen dagegen nicht zu erheben habe und zu der Ordnung für den Erneuerungsfonds und den Reservefonds die gesetzlich vorgeschriebene Einmischung erteile, III. folgende Entschlüsse anzunehmen: a) I. Die Haltung der Groß-Regierung in den bisherigen Verhandlungen mit dem Reich und den Anliegerstaaten wird bewilligt. 2. Die Groß-Regierung wolle

